

NIJET!

Das kommunistische Jugendmagazin

Kostenloser ÖV für die Jugend

Spannen wir die Zug-
Pferde der
Gesellschaft vor den
Karren!





Inland

KJ in Aktion

04 Was treibt die Kommunistische Jugend?

Emma hilft

06 Fragen über Fragen: Emma liefert Antworten zum Lehrlingsalltag.

07 Kampf gegen die Privatisierung der Gesundheit

Streik im Spital, Demonstration auf der Strasse. Ein Bericht aus Neuchâtel.

10 <<WG gibt mehr Raum zum Denken>>

Wie lebt es sich in einer WG? Interview mit einem ehemaligen Lehrling.

Foto: Taki

HIGHLIGHTS



STREIK

Entlassungen, weniger Lohn, schlechtere Arbeitsbedingungen fürs Personal: Die Belegschaft des Spitals «La Providence» in Neuchâtel wehrt sich. Seit drei Monaten ist sie im Streik!

Seite 7



KRIEG

Frankreich führt wieder Krieg. Diesmal in Mali. Dabei will es sich den Zugang zu Rohstoffen in der Region sichern. Pikant: Es ist ein Sozialdemokrat, der Frankreich in den Krieg geführt hat.

Seite 24



SOLIDARITÄT

In Österreichs zweitgrösster Stadt sind die Kommunisten zur zweitstärksten Partei geworden. Wir waren da und haben uns bei den Genossen und Genossinnen umgehört. Eine Reportage.

Seite 20

Schwerpunkt

12 Die Jugend weiss, was sie vom ÖV will
200 Leute haben wir gefragt: Was ist die Meinung der Jugend zum ÖV?

14 Freie Fahrt für die Jugend
Hohe Preise und wenig Platz – die SBB ruiniert den öffentlichen Verkehr aus «wirtschaftlichen» Gründen.

International

18 Rotes Wochenende in Berlin
In Berlin war was los. Rosa-Luxemburg-Konferenz und Demonstration Liebknecht-Luxemburg.

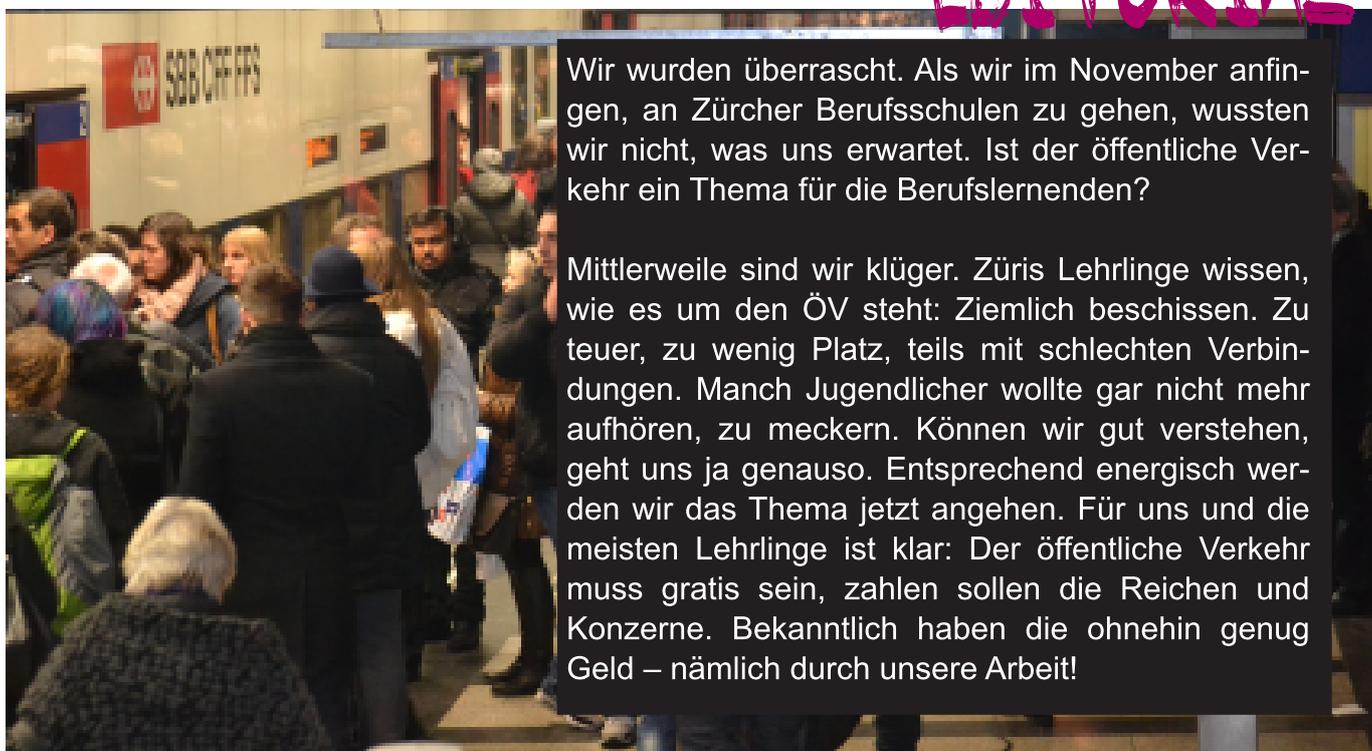
20 Nützliche Partei mit gutem Kompass
In Österreich mischen die Kommunisten den Laden auf. Wir waren da und haben sie getroffen.

24 Krieg in Mali: Nique la France!
Immer wieder Krieg. Warum jetzt Mali bombardiert wird und was Frankreich eigentlich will.

Kultur & Trash

26 Streetart in Bern
Strassenkunst macht Bern bunt. Was sich in den Gassen so finden lässt.

EDITORIAL



Wir wurden überrascht. Als wir im November anfangen, an Zürcher Berufsschulen zu gehen, wussten wir nicht, was uns erwartet. Ist der öffentliche Verkehr ein Thema für die Berufslernenden?

Mittlerweile sind wir klüger. Züris Lehrlinge wissen, wie es um den ÖV steht: Ziemlich beschissen. Zu teuer, zu wenig Platz, teils mit schlechten Verbindungen. Manch Jugendlicher wollte gar nicht mehr aufhören, zu meckern. Können wir gut verstehen, geht uns ja genauso. Entsprechend energisch werden wir das Thema jetzt angehen. Für uns und die meisten Lehrlinge ist klar: Der öffentliche Verkehr muss gratis sein, zahlen sollen die Reichen und Konzerne. Bekanntlich haben die ohnehin genug Geld – nämlich durch unsere Arbeit!

Foto: Yoyo

Impressum

«Njet! - Das kommunistische Jugendmagazin» erscheint mindestens viermal jährlich. | Auflage: 1'000 | Herausgeber: Kommunistische Jugend Bern | Postfach 6966, 3001 Bern | Tel. 078 881 65 83 | Verantwortlich für Herausgabe: Johannes Supe | Redaktion: Beat Wyss, Daniel Egloff, Tarek Idri, Johannes Supe | E-Mail: info@KommunistischeJugend.ch | Abonnementenpreis: 20 Franken normal / 40 Franken soli | PC: 60-729369-5 | Layout: Tarek Idri, Johannes Supe | Druck: onlineprinters.ch | Vorder- und Rückseite: Tarek Idri, Harald Lukes



KJ Bern

Wir gehen nun rege trainieren für den Lenincup. Jeden zweiten Dienstagabend treffen wir uns beim Wankdorfbahnhof und gehen danach gemeinsam zur Sporthalle. Wer mitmachen will, ist jederzeit gerne willkommen. Das sportliche Niveau ist nicht besonders hoch, KJ-Mitglied muss man nicht sein, es zählt der Spass. Bei Interesse melde dich bei: bern@kommunistischejugend.ch

Zudem zeigen wir jeden Monat einen Film zu diversen aktuellen Themen. Der Eintritt ist frei und du findest die nächsten Daten mit Filmbeschreibung auf unserer Homepage.

Im Januar 2013 waren wir zudem am Anti-WEF-No-Demo-Day dabei und haben dabei neue reaktionäre Strukturen in der Schweiz aufgedeckt. Mit der «Reaktionären Arbeitgeberfront», kurz RAF, waren die Chefs und Banker gut vertreten. Für schlechtere Arbeitsbedingungen, miese Löhne und weniger Steuern. So gehört sich das, wenn beim «World Economic Forum» die reiche Elite der Länder zusammenkommt, um zu fressen und zu saufen.

Siehe: www.kommunistischejugend.ch

KJ Neuchâtel

Am 12. Dezember hat die SISA-Neuchâtel (Unabhängige Gewerkschaft der Schüler und Berufslernen-

den) einen Trauermarsch durch die Strassen Neuchâtels veranstaltet. Die Bildung wurde zu Grabe getragen. Sie ist zum Opfer der neoliberalen Sparpolitik des Regierungsrates, insbesondere Philippe Gnaegis, geworden. Die KJ hat am Flashmob teilgenommen, um der guten Bildung die letzte Ehre zu erweisen.

KJ Zürich

Grössere Dinge werfen ihren Schatten voraus. Über die letzten drei Monate hinweg haben wir die Berufsschüler und -schülerinnen von Zürich befragt. Was denkt die Jugend vom ÖV? Dabei ist klar geworden, dass sich der öffentliche Verkehr ändern muss. Günstiger soll er werden. Entsprechend bereitet die KJ Zürich eine Petition für einen kostenlosen ÖV für die Jugend vor. Als Jugend der Arbeiterschaft werden wir uns weiter vor allem auf die Lehrlinge konzentrieren – man wird uns also auch in Zukunft an den Berufsschulen treffen.

Apropos Vorbereitung: Gegen Krieg und Intervention gehen wir auf die Strasse. Am 16. März und am 6. April wird gegen die Kriegstreiberei, an der auch die Schweiz immer teilnimmt, demonstriert. Schon jetzt wird gemalt, gekleistert, geschrieben. Unser Widerstand ist laut und bunt – gemeinsam für den Frieden!



Foto: Simon

Bern, 26. Januar: Für scheiss Löhne und gegen den Pöbel. «Reaktionäre Arbeitgeberfront».



Foto: Yoyo

Neuchâtel, 12. Dezember: Bürgerliche Politik bringt die Bildung ums Leben.

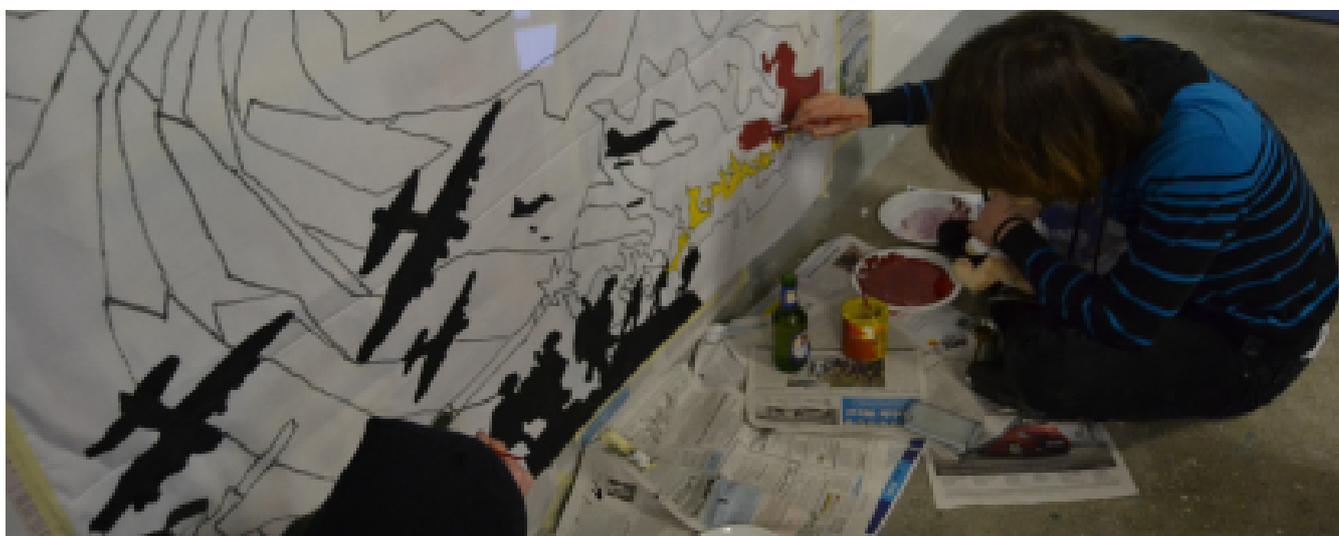


Foto: Yoyo

Zürich, 24 Februar: Malen gegen Krieg und Intervention.



Junge Leute, die einen Beruf erlernen, befinden sich in einer speziellen Situation: sie verdienen zu wenig Geld, sind abhängig von der Familie und dem Chef, und haben nicht viel zu melden. Wenn es dann Probleme gibt fehlen oft die Mittel, um sich zu wehren (Geld oder Ahnung, was rechtlich möglich ist). Häufig wirst du versuchen, so gut wie's geht durchzuhalten, den Ausgleich im Ausgang mit den Kollegen zu finden, doch eigentlich verschwendest du deine Jugend mit einer nicht enden wollenden Katerstimmung.

Du wirst in der Firma nur als günstige Arbeitskraft ausgenutzt, und vom Beruf bringt dir deine Chef nichts bei?! Es gibt ein Gesetz, das Berufsbildungsgesetz (BBG), das die berufliche Grundbildung regelt. In Art. 15 wird festgehalten, dass die berufliche Grundbildung der Vermittlung und dem Erwerb der Fähigkeiten, Kenntnisse und Fertigkeiten dient, die zur Ausübung einer Tätigkeit in einem Beruf oder in einem Berufs- oder Tätigkeitsfeld erforderlich sind. Das Gesetz möchte nicht nur, dass du die Qualifikationen erlernst, sondern auch, dass du auch kompetent und sicher in deinem Beruf wirst. Die Kantone sind für die Einhaltung der gesetzlichen Ziele zuständig sind. Missbraucht dich dein Chef also nur als Tellerwäscher oder Briefboten, kannst du dich bei der kantonalen Stelle beschweren.

Was machst du, wenn es dir in der Bude nicht passt, und du gerne wechseln möchtest?! Ist die Probezeit vorbei, können grundsätzlich weder du noch deine Chefin den Lehrvertrag kündigen. Die Lehrzeit dauert bis zu vier Jahre: das ist eine verdammt lange Zeit, wenn du es mit dem Chef nicht gut hast. Ausnahmsweise kann ein Lehrvertrag beim Vorliegen eines wichtigen Grundes fristlos gekündigt werden. Im Obligationenrecht, Art. 346, sind solche Gründe genannt. Über die Auflösung des Lehrvertrages entscheidet das kantonale Amt für Berufsbildung. Dein Chef kann dich also nicht einfach willkürlich kündigen, nur weil deine Art, dein Aussehen oder deine Einstellungen ihm nicht passen.

Dir reicht nach der Arbeit auch die Energie nicht, um für die Berufsschule genug zu lernen? Bis zu deinem 18. Lebensjahr muss dir eine tägliche Ruhezeit von mindestens zwölf Stunden am Stück gewährt werden. Am Tag vor der Berufsschule muss dich deine Chefin spätestens um 20 Uhr nach Hause gehen lassen. Das sind die minimalsten Vorschriften im Bezug auf die Ruhezeiten, die auf keinen Fall verletzt werden dürfen.

EURE EMMA



Foto: Cédric Dupraz

Kampf gegen die Privatisierung der Gesundheit

Seit dem 26. November 2012 wird am Spital «La Providence» in Neuchâtel gestreikt. Das angeschlagene Spital soll aufgekauft werden. Dutzende Angestellte müssten sich einen neuen Job suchen, die restlichen mit weniger Lohn auskommen. Dagegen wehrt sich die Belegschaft. Ein Bericht aus Neuchâtel.

Mittlerweile kennt die ganze Schweiz den Konflikt zwischen den Streikenden am Providence-Spital in Neuchâtel und der Genolier-Gruppe Swiss Medial Network SA, der zweitwichtigsten Gruppe privater Kliniken in der Schweiz. Die Medien haben über den Streik berichtet, haben einige Fakten genannt – die Tiefe des Falls haben sie jedoch nicht aufgearbeitet. Um mehr zu erfahren, verbrachte ich einige Zeit am Streikposten mit Nathanaël Rochat, Spitzname «Nath». Seit dem 26. November 2012 steht er mit seinen Kollegen und Kolleginnen im Streik.

Die Auseinandersetzung beginnt Anfangs 2012. Die Angestellten der Providence finden heraus, dass ihr Spital grosse finanzielle Probleme hat. Sie erfahren auch, dass die Genolier-Gruppe am Spital interessiert ist. Der Kauf wird aber an eine Bedingung gebunden: Obwohl Genolier aufhören will, den Gesamtarbeits-

vertrag im Gesundheitssektor (CCT Santé 21) anzuwenden, soll das Spital noch immer öffentliches Geld erhalten. Mit anderen Worten: Der Kanton Neuchâtel will die Steuergelder der Arbeitenden an eine Privatgruppe herauswerfen, die grosse Profite damit einfahren wird, die Löhne und Arbeitsbedingungen der Angestellten zu verschlechtern. Nur ein schlechter Scherz? Leider nein. Nach einigen Monaten der Verhandlung haben die Kantonsregierung und Genolier einen Vertrag unterzeichnet: Das Spital Providence bezieht weiter Gelder vom Kanton, muss den Gesamtarbeitsvertrag aber nur bis Ende 2013 anwenden. Eine Schweinerei!

Die Kantonsregierung: Chefs vermitteln für Chefs

Reden wir also über die Kantonsregierung. Es wird gern verbreitet, dass, während eines Arbeitskonflikts,

die Regierung eine Rolle der Vermittlung zwischen Arbeitenden und Chefs spielt. Alles Unsinn! Die Rolle der Kantonsregierung Neuchâtel im «Fall Providence» zeigt sehr klar, dass die Position des «unparteiischen Schiedsrichters» nur ein Witz ist. Laut Nath: «Die Kantonsregierung ist klar antigewerkschaftlich. Es gab überhaupt keine Bemühungen, alternative Lösungen neben dem Verkauf an Genolier zu suchen. Die Medien zeigen die Vereinbarung zwischen der Regierung und Genolier als Erfolg. Aber das ist sie nicht! Genolier hat keine Garantie an die Kantonsregierung abgegeben und setzt sie zudem weiter unter Druck.»

Auf der anderen Seite stehen die bürgerlichen Medien. Sie sind «klar auf Seiten der Liberalen. Auch sie vertreten eine eine Haltung gegen die Gewerkschaften». Denn sie verbreiten fast ausschliesslich die Version der Kantonsregierung, der Spitalsleitung oder Genoliers. Die Gewerkschaften kommen nicht zu Wort. Die Streikenden werden als «Extremisten» dargestellt,



Foto: Amanda

Nathanaël «Nath» Rochat
Seit 30 Jahren arbeitet der Pflegebetreuer im Spital «La Providence». Nun ist mit seinen Kollegen und Kolleginnen im Streik gegen die Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen und die Privatisierung der Gesundheit.

die sich weigern, zu verhandeln oder Kompromisse einzugehen. Was dabei gern vergessen wird: Philippe Gnaegi, Präsident der Kantonsregierung und Vermittler im Konflikt, war selbst Teil des Gründungsrats der Providence. Ein Chef vermittelt für Chefs; die Angestellten bleiben auf der Strecke.

Schreckliche Konsequenzen

Dabei verlangen die Streikenden nicht viel: Der Gesamtarbeitsvertrag für die Angestellten des Spitals soll weiterbestehen; Kündigungen sollen ebenso wenig stattfinden wie Auslagerungen (Kochen, Waschen, et cetera). Ist es also ein reiner Verteidigungskampf, der hier geführt wird? Nein. Das Spital Providence ist Teil einer grösseren Problematik: Die Privatisierung

der Gesundheit und ihre Konsequenzen auf die Patienten und das betroffene Personal. «Für die Pfleger werden die Konsequenzen schrecklich sein. Wir wer-



Foto: Demir Sömez

Die Streikenden von Neuchâtel. Eine kämpferische Gruppe!

den uns jedes Jahr an den Chef verkaufen müssen. Wir müssen dann beweisen, dass wir produktiv sind, müssen unseren Lohn aushandeln, müssen um unsere Stellung im Spital kämpfen. Neben den Angestellten wird darunter die ganze Bevölkerung leiden. Die Lobby der Liberalen ist extrem mächtig. Sie wird sich um die Kollateralschaden, die in diesem Prozess anfallen, einen Dreck scheren.» Am Ende wird die Bevölkerung Neuchâtel für die angerichteten Schäden aufkommen müssen.

Nur der Streik schafft Aufmerksamkeit

Ich frage Nath, ob er glaubt, dass die Privatisierung der Gesundheit noch weitere Schäden in der Schweiz anrichten wird. Seine Antwort: «Unser Kampf ist avantgardistisch, soviel ist klar. Wir bemerken es gerade jetzt. Dieser Kampf ist nur ein kleiner Vorgeschmack von dem, was noch kommen wird. Die Konfrontation zwischen dem Kapital und dem öffentlichen Sektor werden sehr gewalttätig. Die kleine, ruhige, demokratische Schweiz wird explodieren!»

Nach mehr als zwei Monaten des Streiks, wie sieht es da mit der Kampfmoral der Streikenden aus? Sicherlich, sie sind müde. In einem Land, in dem Arbeitskonflikte meist per Verhandlung «gelöst» werden, verunglimpft und stigmatisiert man die Streikenden. Für die Medien sind sie gefährliche Radikale. Tatsächlich haben diese Arbeiter keine andere Wahl. Der Streik ist ihre einzige Chance, sich Gehör zu verschaffen und ihre Arbeitsbedingungen beizubehalten. Doch obwohl man sie demütigt, obwohl auf sie durch die Spitalleitung Druck ausgeübt wird, obwohl Genolier ein Ultimatum an die Kantonsregierung gestellt und sogar obwohl sie entlassen wurden – trotz alledem haben die Streikenden der Providence den Kampf nicht aufgegeben. «Wir sind sehr müde, aber unsere Überzeugung und unsere Kraft sind noch immer da», fasst Nathanaël die Lage zusammen. «Wir haben eine grosse Reife in unserem politischem Bewusstsein, unseren Aktionen und unserer Zielstrebigkeit erlangt. Wir haben Rechte, aber wir müssen Wege finden, sie auch zu verteidigen. Wir werden gezwungen, den Kampf weiterzuführen. Wir werden es tun. Und wir werden nicht aufgeben!»

Amanda, Neuchâtel

Solidaritätsdemonstration

Rechts: Am 16. Februar demonstrierten die Streikenden mit ihren Gewerkschaften in Neuchâtel. Die Teilnahme von über 2'000 Menschen zeigt die grosse Solidarität, die der Streik in der Bevölkerung geniesst.



Foto: Jocelyn Fraignière



Fotos: Daniel

«WG gibt mehr Raum zum Denken»

Thema Wohnen. Wir haben den ehemaligen Lehrling Nik in seiner Wohngemeinschaft interviewt. Wie lebt es sich in einer WG?

Warum bist du in eine WG gezogen?

Ich bin in eine WG gezogen, weil eine eigene Wohnung zu teuer wäre und weil es zu zweit mehr Spass macht.

Und weshalb bist du nicht einfach zuhause geblieben bis nach der Ausbildung?

Weil ich kurz vor Ende der Lehre war und wir die Gelegenheit hatten diese günstige Wohnung zu bekommen. Wenn wir nicht eine so günstige Wohnung bekommen hätten, hätte ich noch nicht ausziehen können. Während der Lehre konnte ich mir dies eigentlich nicht leisten.

Wie hast du dir deine WG während deiner Ausbildung finanziert?

Finanziert habe ich die WG mit meinem Lehrlingslohn, Kinderzulagen und Alimenten. Ohne diese Alimente wäre das nicht möglich gewesen. Und andere

Lehrlinge in einer WG kenne ich auch nicht.

Wie kommtes, dass du keine anderen Lehrlinge in WGs kennst?

Das liegt wahrscheinlich an den Finanzen. Normalerweise können sich Lehrlinge dies schlichtwegs nicht leisten. Dazu kommt, dass viele zu bequem sind ausziehen. Zuhause wird bei den meisten Lehrlingen noch alles für sie gemacht (Putzen, Waschen, Administratives).

Was bedeutet für dich in einer WG zu wohnen?

Nebst der Verantwortung die man halt mit einer Wohnung hat (aufräumen, sauber halten etc.), bedeutet mir das WG-Leben viel. Da ich mit einem Freund zusammen lebe, kennt man sich halt schon lange und gut, weshalb man wohl auch Sachen miteinander bespricht, die man gegenüber anderen Mitbewohnern wahrscheinlich nicht bereden würde.



Nik (21) hat im Sommer seine Lehre als Detailhandelsangestellter abgeschlossen. Seit Mai 2012 wohnt er mit einem guten Freund in einer WG in Lyss. Gefunden hat er die Wohnung durch persönliche Kontakte: Der Mitarbeiter seines Mitbewohners hat sie vermittelt.

Und wie läuft es?

Positiv ist sicherlich das «Nicht-alleine-sein», man kann viel miteinander machen wie kochen, Partys, Spiele spielen et cetera. Wenn der andere sich nicht an Abmachungen hält, wird es aber mühsam. Das kommt zum Glück selten vor. Auch ist die Privatsphäre eingeschränkt und man muss putzen (lacht). Deshalb muss jeder seine Sachen wegräumen und es muss Rücksicht aufeinander genommen werden.

Gibt es häufig Diskussionen in der WG?

Diskussionen gibt es zwischendurch, zwar ernste, aber man ist danach nicht sauer auf den Anderen. Dabei geht es weniger um das WG-Leben als vielmehr um politische oder gesellschaftliche Themen. Die politischen Diskussionen gehen aber nicht sehr hoch, da mein Mitbewohner auch links eingestellt ist.

Denkst du, dass die WG Einfluss hat auf das politische Denken von dir oder deinem Mitbewohner?

Ich denke schon das ich einen gewissen Einfluss auf

meinen Mitbewohner nehme. Gerade bei Abstimmungen diskutieren wir die Unterlagen gemeinsam. Das gibt auch mehr Raum zum Denken, gerade weil man miteinander über Dinge diskutiert und so manchmal auch eine andere Sichtweise erfährt.

Macht das Wohnen in einer WG kritischer?

Ich glaube schon. Obwohl ich mit meiner Mutter auch politische Diskussionen führte, aber hier erfahre ich neue Perspektiven und Ansichten.

Der Mitbewohner mischt sich ein: Man wird mit Sachen konfrontiert, welche man zuhause vielleicht nie erfahren hätte. Gerade weil mein Mitbewohner auch politisch interessiert ist. Dies macht schon kritischer.

Daniel, Bern

Auch in Zukunft wird das Njet! sich dem Wohnen annehmen. Ein ausführlicher Hintergrundartikel zum Thema findet sich in der August-Ausgabe 2012.

www.KommunistischeJugend.ch



Foto: Yoyo

Die Jugend weiss, was sie vom ÖV will

200 Berufslernende haben wir nach ihrer Meinung zum öffentlichen Verkehr befragt. Wie steht es um die Preise? Wie gut sind die Verbindungen? Fast 90% der Lehrlinge sind für einen kostenlosen ÖV – die Reichen sollen zahlen!

221 Personen mit einem Durchschnittsalter von 18,43 Jahren wurden befragt, der grösste Teil davon ist in einer Lehre (90,05%) und benützt den ÖV (98,64%). Die meisten ÖV-Benutzenden, nehmen den ÖV sogar täglich in Anspruch und über 80% reisen fünf bis siebenmal pro Woche mit den öffentlichen Verkehrsmitteln. Auf dem Weg zur Arbeit oder zur Schule verbringen die befragten Jugendlichen im Schnitt 42,24 Minuten. Daraus lässt sich schliessen, wie wichtig die öffentlichen Verkehrsmittel für junge Leute sind, immerhin verbringen die meisten jungen Arbeitenden einen grossen Teil ihrer Freizeit darin und dies um zur Arbeit oder in die Schule zu kommen. Daneben kostet dies die meisten noch ziemlich viel Geld, denn 56,11% zahlen mindestens einen Teil oder sogar die ganzen Fahrtkosten selber. Dies sind im Schnitt 75,57 Franken im Monat. Die Firmen, welche schlussendlich am meisten von der Arbeit profitieren, zahlen nur sehr selten etwas. Nicht mal ein Fünftel der Betriebe beteiligt sich an die Reisekosten. Viel Geld für das kleine Budget von Lernenden. Fast 80% finden, dass das Ganze zu teuer ist. Im Durchschnitt gaben die Befragten den Preisen eine deutlich

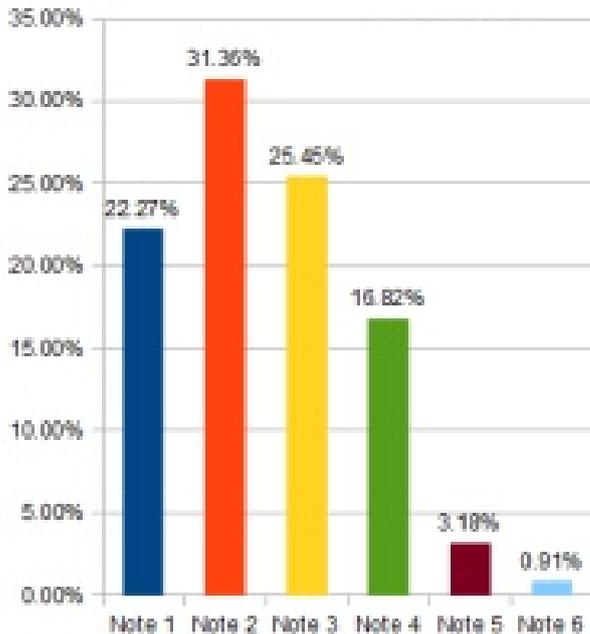
ungenügende Note, nämlich eine 2,5. Liebe Politik, da ist einiges zu tun. Ausreichend ist die Note für die Verbindungen. 73,64% beurteilen sie mit mindestens genügend. 39,55% sogar mit sehr gut. Trotzdem gibt es nur einen Notenschnitt von 4,11. Zufriedenstellend ist anders.

Änder, was dich stört!

Und was würden die Befragten ändern, wenn sie bestimmen könnten? Logisch, die Preise senken oder die ÖV gleich gratis machen. 101 mal wurde dies vorgeschlagen. Dicht gefolgt von den Platzverhältnissen in den ÖVs. Für viele fühlt sich das morgendliche Reisen an wie die gequetschte Existenz einer Sardine in ihrer Büchse. 76 befragte würden mehr Platz schaffen. Als drittes folgen mehr und bessere Verbindungen (35 mal gefordert), die Pünktlichkeit (21 mal) und die Reduzierung oder Aufhebung der 1.-Klasse (18 mal). Die ÖVs kostenlos für Jugendliche und junge Arbeitende anzubieten und dies finanziert durch Multimillionäre und Grossfirmen? 194 mal ein Ja! Das heisst 87,78 % sind dafür. Eine klare Botschaft!

Daniel, Bern

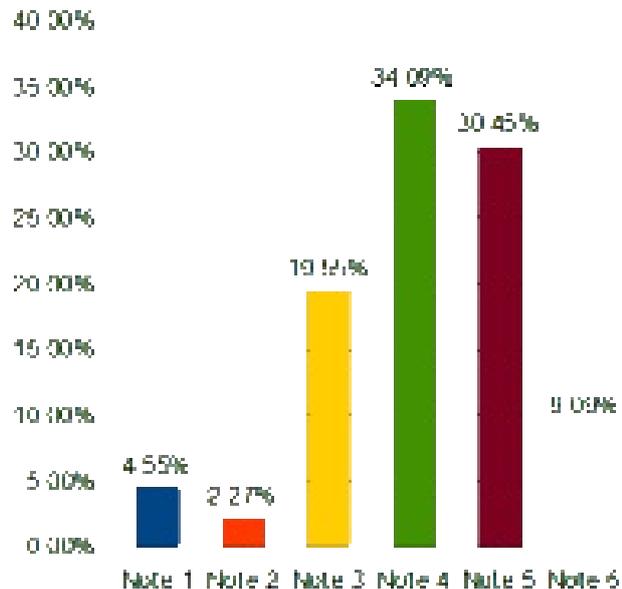
Wie zufrieden seid ihr mit den Preisen?



Fazit: Note 2,5

Rauschend durchgefallen. Der ÖV ist viel zu teuer!

Wie zufrieden seid ihr mit den Verbindungen?

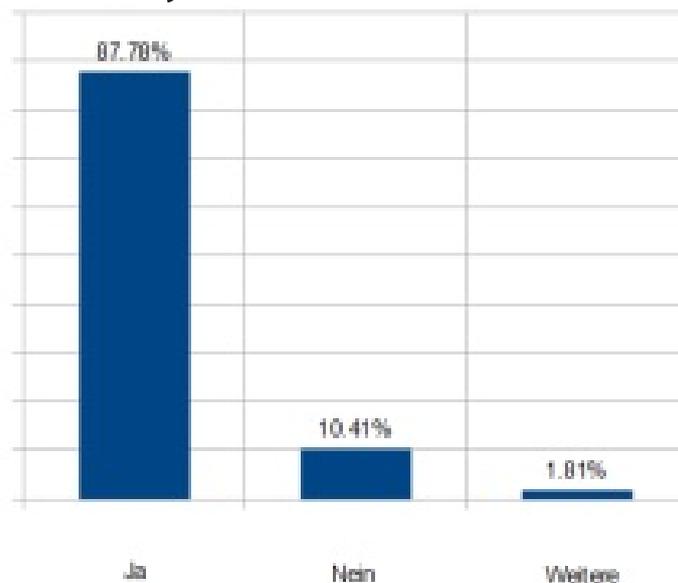


Grafiken: Harald & Daniel

Fazit: Note 4,1

Knapp bestanden. Auch bei den Verbindungen ist noch Platz nach oben.

Multimillionäre und Grossfirmen zahlen mehr, Jugendliche und Lehrlinge fahren kostenlos?



Fazit: Der ÖV gehört kostenlos!

Fast 90% der Lehrlinge sind dafür, dass die Grossfirmen und Ausbeuter tiefer in die Tasche greifen müssen – für einen freien ÖV.



Fotos: Yoyo

Freie Fahrt für die Jugend!

Jahr um Jahr wird der öffentliche Verkehr teurer. Es trifft besonders die jungen Arbeitenden und die Berufslernenden, deren Löhne niedrig sind und die einen guten ÖV desto dringender brauchen. Schluss mit dem Mist: Der ÖV muss gratis sein. Zahlen sollen die Reichen!

«Erst stehen und dann schuften. Das ist doch scheisse!», murmelt Sven. Für ihn ist es kein guter Morgen. Am Zürcher Bahnhof warten, um dann 40 Minuten bis zur Arbeit fahren zu müssen, macht eben keinen Spass. Dabei hat er das Wichtigste vergessen: Er muss nicht nur am Gleis stehen, sondern auch im völlig überfüllten Zug. Dafür darf er dann monatlich noch etwa 100 Franken für das Billet zahlen. Und so geht es nicht nur Sven, sondern Tausenden anderen Lehrlingen der Schweiz. Das ist erst recht scheisse.

«Die SBB bewegt die Schweiz»

Ein Schritt zurück. Um wen geht es eigentlich? Ob in Zürich mit Sven oder in Bern mit anderen Lehrlingen, hier wie dort ist die SBB für die Situation im öffentlichen Verkehr hauptverantwortlich. Die «Schweizerischen Bundesbahnen» sind ein Mammutbetrieb. Mit 28'600 Festangestellten und knapp 1'300 Berufslern-

nenden¹ gehören sie zu den grössten Arbeitgebern der Schweiz.² Bei so vielen, so hohen Zahlen darf einem schon schwindlig werden. Es sei hier nur noch eine erwähnt: 7,8 Milliarden betrug der Umsatz der SBB 2010.³ Aus alledem folgt vor allem eines: die SBB ist ein gewaltiges Monopolunternehmen. Allerdings eines, das sich in der Hand des Schweizer Staates befindet. Macht das die Dinge besser? Leider nein. Der Bundesrat erklärt, wie er die SBB geleitet haben will: «Der Bund als Eigner verlangt von SBB Cargo die Führung des Unternehmens nach wirtschaftlichen und unternehmerischen Gesichtspunkten.»⁴ Und was für «SBB Cargo», also den Güterverkehr der Bahn, gilt, das gilt für die SBB insgesamt. Für die Arbeiter und Berufslernenden der Schweiz haben diese «unternehmerischen Gesichtspunkte» ganz konkrete Auswirkungen. Schlechte.

¹ Die SBB in Zahlen und Fakten 2011

² Die Handelszeitung führt die SBB 2003 als drittgrössten Arbeitgeber in der Schweiz auf. <http://www.handelszeitung.ch/unternehmen/die-groessten-schweizer-arbeitgeber-und-ausland>

³ «Swiss Top 500»-Liste der Handelszeitung

⁴ http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaeft.aspx?gesch_id=20095469

«Den Sitzplatz auf sicher haben.»

Wer fährt, will sitzen. Glücklich ist, wer das am Morgen vor dem Schaffen, oder am Abend nach der Arbeit, tatsächlich kann. Die Bahn ist voll. Auf dem Weg

zur Berufsschule erlebt Sven es jeden Tag mit. Er bekommt das Gefühl der Enge zu spüren. Dafür flucht er über die SBB. Zu Recht: Die Anzahl der Sitzplätze in den Zügen hat abgenommen. Waren 2002 noch durchschnittlich 644 Sitzplätze pro Zug im Fernverkehr vorhanden, so waren es 2011 nur noch 620 (-3,7%). Im Nahverkehr haben sich die Sitzplätze in den letzten zehn Jahren von 322 auf 297 verringert (-7,8%). In der gleichen Zeit ist die Anzahl der durchschnittlichen Zugreisenden von 116 auf 128 geklettert (+9,4%).⁵ Mehr Leute fahren mit dem Zug, die Bahn baut Sitzplätze

ab. Bei dem Treiben kann man schon mal verrückt werden. Wie Stefan Brupbacher. Um das Problem überfüllter Züge zu lösen, schlägt der Generalsekretär der FDP allen Ernstes vor, den Schulunterricht später anfangen zu lassen. Dann würden ja Schülerinnen und Arbeitende nicht mehr gleichzeitig auf den Zug müssen. Dass die Schüler so erst am weit im Nachmittag oder am Abend heimkommen, stört den Liberalen nicht: «Heute essen die meisten Familien erst um 19 Uhr.»⁶ Später aus der Schule kommen, damit mehr Platz im Zug ist? Klingt dumm, ist dumm.

Doch es geht auch anders. Denn obwohl den Berufslernenden und Arbeitenden die Züge übervoll vorkommen, sind sie es nur zur Hälfte. Beim Gang durch den Zug kann man täglich die verwaiste 1. Klasse bewundern. Platz ist also vorhanden, doch wird zuviel von ihm für die mit dem dickeren Portmonnaie vorgesehen. Es bietet sich eine pragmatische Lösung für das Platzproblem an: Weg mit der 1. Klasse! Dann können sich die Arbeitenden zumindest auf dem Weg zur Arbeit ein wenig erholen. Dass FDP-Mann Brupbacher und seine Parteikollegen von diesen Ideen nichts wissen wollen, ist klar. Sie gehören zu den wenigen Stammgästen im Reichen-Abteil.



Zeliha (17)
Berufslernende (Optikerin)

Das ist doch gerecht, weil die Reichen eh genug Geld haben und wir für sie arbeiten müssen.



Yannic (16)
Berufslernender (Informatik)

Wenn die Reichen den ÖV zahlen ist das super, weil es die Jugend unterstützt. Das Geld brauchen wir schliesslich für andere Sachen.

Auch die SBB hört das nicht gern. Die 1. Klasse bringt Geld. Sie einfach abschaffen, das geht unter «unternehmerischen Gesichtspunkten» eben nicht.

«Günstig in Fahrt»

Neben dem knappen Platz sind die Billet- und Abopreise ein weiteres Problem im ÖV. «Zu voll und viel zu teuer», so fasst Sven den öffentlichen Verkehr in wenigen Worten zusammen. Hunderte Berufslernende geben ihm da recht. Sie können Jahr um Jahr das selbe Spiel verfolgen: Der ÖV wird teurer, an der Qualität tut sich nichts. Am 9. Dezember 2012 war es wieder so weit. Die Preise aller Tickets wurden durchschnittlich um 5% angehoben.⁷ Ein Halbtax kostet nun 10 Franken mehr, beim Junioren GA beträgt der Aufschlag

gleich 130 Franken. Diese Erhöhungen haben Methode. Schon 2011 stieg der Preis. Und so will SBB-Chef Andreas Meyer auch weitermachen: Zwischen 2013 und 2015 sollen die Tickets jährlich um etwa 3% teurer werden.⁸ Vergünstigungen für Senioren und Jugendliche(!) werden möglichst abgeschafft.

Hier zeigt sich dann, was man von den «unternehmerischen Gesichtspunkten» der Konzernleitung halten kann. Nicht viel. Während der öffentliche Verkehr immer teurer wird, wächst der Gewinn der SBB. 2011 durfte Herr Meyer dann bekanntgeben, dass «sein» Unternehmen 339 Millionen Gewinn «erwirtschaftet» hatte.⁹ Das waren 41 Millionen mehr, als im Vorjahr. Versteht sich ja auch von selbst: Wenn die Berufslernenden und Arbeitenden immer mehr zahlen, sammelt sich auf der anderen Seite das Geld desto sicherer. Übrigens auch in den Taschen derer, die da Preise erhöhen und Jugendrabatte abschaffen wollen. Andreas Meyer verdient jährlich 500'000

Franken als Chef der SBB. Hinzu kommen «leistungsabhängige» Boni von etwa 200'000 Franken.¹⁰

Zahlen, um zu arbeiten

Von solchen Beträgen kann Sven nur träumen. Er ist

⁵ Werte aus: Die SBB in Zahlen und Fakten 2011

⁶ Blick am Abend vom 16. Januar 2013

⁷ <http://www.20min.ch/schweiz/dossier/oevau/story/30082652>

⁸ <http://www.conviva-plus.ch/index.php?page=448>

⁹ Werte aus: Die SBB in Zahlen und Fakten 2011

¹⁰ «Andreas Meyer wird neuer Chef der SBB. In: Eisenbahn-Revue International, Heft 8-9/2006

nun im zweiten Lehrjahr und verdient magere 750 Franken im Monat. Damit liegt er noch unter dem Durchschnitt: im zweiten Jahr bekommen die Berufslernenden gegen 800 Franken.¹¹ So wird auch verständlich, warum man sich über die Preiserhöhungen und Rabattkürzungen wunderbar aufregen kann. Mit den Berufslernenden treffen sie die ärmste, am meisten von guten öffentlichen Leistungen abhängige Schicht dieser Gesellschaft. Die Lehrlinge, die oft weniger als 1'000 Franken im Monat bekommen, spüren jeden Rappen Preiserhöhung. In einer Umfrage der Gewerkschaft Unia gaben 42% der befragten Lehrlinge an, dass die Transportkosten für sie der höchste Budgetposten sind.¹² Deutlicher konnten sie es nicht formulieren: Der ÖV ist zu teuer!

Dazu kommt, dass die Lehrbetriebe wenig bis nichts zu den Fahrtkosten beitragen. Bei besagter Unia-Umfrage kam auch heraus, dass von 1747 Betrieben nur 282 sich an den Billettpreisen oder Streckenabonnements beteiligen.¹³ Das ist nicht mal jeder Fünfte.

Will heissen: Die Unternehmen, die von der Arbeit der Lehrlinge profitieren, lassen die schlechtbezahlten Berufslernenden selbst für die Anfahrt zahlen. So «solidarisch» sind Schweizer Unternehmen. Für den Betrieb hat diese Leistungsverweigerung durchaus einen Vorteil: Profit. Das ist nicht ganz überraschend, sollte aber dennoch bedacht sein. Die Unternehmen ziehen ihre Gewinne aus der Arbeit der Angestellten. Und der Lernenden. Wenn Sven an drei Tagen in der Woche im Geschäft steht, je acht Stunden arbeitet, dann lernt er dabei ja nicht nur etwas, sondern verrichtet auch nützliche Arbeit für seinen Chef. Natürlich kriegt er einen Lohn. Aber ebenso natürlich ist dieser Lohn nicht so hoch, wie der Wert seiner verrichteten Arbeit. Grob gesagt: Der Unterschied zwischen seinem Lohn und dem Wert seiner Arbeit in den acht Stunden – daraus entsteht der Profit des Unternehmens. Das klingt komplizierter, als es eigentlich ist. In nur drei Zahlen lässt sich alles erklären:

¹¹ Auswertung der Umfrage der Unia Jugend zu den Lehrlingslöhnen in der Schweiz (2007 / 2008)

¹² ebenda

¹³ ebenda



Die Städte stehen im Schatten von UBS und Credit Suisse, die Züge und Bahnen unter dem Druck von Profitzwang und «unternehmerischen Gesichtspunkten». Solange das grosse Kapital die Vorgaben macht, bleiben die Interessen der Lehrlinge und Arbeitenden auf der Strecke.



Hanan (15)
Berufslernende (Optikerin)

Ich bin für den freien ÖV, weil wir doch etwas gutes machen und die Jugendlichen nicht viel Geld haben. Ausserdem profitiert mein Arbeitgeber ja schon von meiner Arbeit.



Dario (16)
Berufslernender (Informatik)

Ich finde den freien öffentlichen Verkehr gut, weil die Preise im Moment viel zu teuer sind. Dazu noch der Nachzuschlag, der es noch schlimmer macht.

2004 gaben Schweizer Unternehmen 4,7 Milliarden Franken für die Ausbildung von Lehrlingen aus. Der Wert der Arbeit von Lehrlingen betrug in dem Jahr 5,2 Milliarden. Entsprechend machten die Unternehmen, nur mit der Arbeit von Berufslernenden, bereits einen Gewinn von 500 Millionen Franken.¹⁴

Ihren Profit machen die Firmen also durch die Arbeitenden und Lernenden. Deswegen wollen sie auch nichts für den öffentlichen Verkehr zahlen: Es würde ihren Profit schmälern. Auf der einen Seite also die mageren Lehrlingslöhne, auf der anderen der grosse Gewinn. Damit das so bleibt, versuchen die Firmen mit allen Mitteln die Löhne niedrig zu halten, Zusatzkosten (wie eine Fahrkostenbeteiligung) unbedingt zu vermeiden. Sonst wäre die ganze Ausbeutung ja auch umsonst.

Der Kampf für die freie Fahrt

Die Betriebe zahlen wenig, die Fahrpreise steigen. So sieht die Lage im ÖV momentan aus. Aber dabei muss es ja nicht bleiben. Die zwei grossen Übel der

Sache kennen wir ja nun: Einerseits die «unternehmerischen Gesichtspunkte» nach denen SBB und öffentlicher Verkehr sich zu richten haben, andererseits das ungebrochene Profitstreben der Firmen und Konzerne, für die die Jugend arbeiten muss.

Gegen das eine wie das andere richtet sich die Kommunistische Jugend. Ihr erstes Ziel: Die Grossen zum Zahlen zwingen! Ob nun grosser Betrieb oder grosse Millionärin (wird man eh nur durch den eigenen Betrieb und die Arbeit anderer) – die mit dem Geld sollen für den öffentlichen

Verkehr aufkommen. **Um Druck aufzubauen, hat die Kommunistische Jugend angekündigt, eine Petition zu starten. Inhalt: Multimillionäre und Monopolfirmen werden zusätzlich besteuert, dafür fahren Berufslernende kostenlos mit dem ÖV.** Das wäre ein erster Schritt, um die Lage der arbeitenden Jugend etwas zu verbessern. Allerdings sei vor Illusionen gewarnt.

Bei jedem Schritt in diese Richtung wird man auf den entschiedenen Widerstand der Reichen und Grossen treffen. Leute wie Andreas Meyer oder FDP-Mann Brupbacher haben etwas zu verlieren: Ihre Privilegien. Um die werden sie erbittert kämpfen. Für unsere Interessen sollten wir das auch tun.

Sven hat damit angefangen. Er ist der Kommunistischen Jugend beigetreten, um gemeinsam für sich und die anderen Be-

rufslehrenden einzustehen. Dann wird der ÖV vielleicht auch etwas weniger scheisse.

KJ fordert!

In Erwägung, dass die Berufslernenden arbeiten und ihre Arbeit den Profit der Firmen schafft;

in Erwägung, dass die Berufslernenden, um zu Arbeit und Berufsschule zu gelangen, auf den öffentlichen Verkehr angewiesen sind,

fordert die Kommunistische Jugend den freien öffentlichen Verkehr für alle Berufslernenden. Der kostenlose ÖV muss eine Selbstverständlichkeit werden. Es geht nicht an, dass die jungen Arbeitenden, die den niedrigsten Lohn erhalten, mit ihrem wenigen Geld den öffentlichen Verkehr finanzieren. Aus den Profiten der Grossunternehmen und aus dem Reichtum der Millionäre können Zug, Bahn und Tram bezahlt werden. Entsprechend fordert die Kommunistische Jugend die Besteuerung des Kapitals der Millionäre und Grossunternehmen, um den Berufslernenden einen kostenlosen ÖV zu ermöglichen.

Website: www.KommunistischeJugend.ch

Email: info@kommunistischejugend.ch

Yoyo, Zürich

¹⁴ Fakten und Zahlen, Berufsbildung in der Schweiz 2012



Fotos: Yoyo

Rotes Wochenende in Berlin

1'800 Menschen besuchten am 12. Januar die Rosa-Luxemburg-Konferenz in Berlin. Internationale Solidarität und die Verbindungen des Staates mit Faschisten waren die Hauptthemen. Einen Tag später demonstrierten Zehntausend im Gedenken an die Revolutionäre Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht.

«Mit den Geheimdiensten ist kein Frieden zu machen!» Ein schallender Applaus rauscht durch den Saal. «Wir haben hauptamtliche Nazis, die mit Staatsgeld finanziert wurden. Die Rechten werden nicht überwacht. Nein, die werden ja auf Staatskosten ausgerüstet.» Dann folgt die Ergänzung: «Der Verfassungsschutz bekämpft die, die den Kapitalismus nicht als allein seligmachend hinnehmen. Die Linke, solange sie denn links ist, nimmt den Kapitalismus nicht hin. Und darum wird sie auch vom Geheimdienst namens Verfassungsschutz bekämpft.» Wieder das dröhnende Klatschen von 3'600 Händen.

Der Staatsfeind steht links

Es war die Rosa-Luxemburg-Konferenz – und derer bereits die achtzehnte. Organisiert von der marxistischen Tageszeitung «junge Welt», kamen über 1'800 Kommunisten, Anarchistinnen und schlichtweg Neugierige zusammen. Diesem Publikum bot sich ein breites Angebot an Debatten, Vorträgen, musikalischen und kulturellen Einlagen. Etwa das Abschlusspodium, aus dem der dargestellte Auszug stammt. «Der Feind steht links», hiess das provokative Thema. Gemeint war die immerwährende Hetzjagd staatlicher Instanzen wie der Polizei und des Verfassungsschutzes gegen



Internationale Referenten

Carlos Insunza Rojas (Kommunistische Partei Chile) spricht über die «Phase der Hoffnung» in Chile. Die Proteste der Studenten konnten Millionen begeistern und führten zu einem «neuen Aufwachen» der Bevölkerung. Seine Partei nehme dabei eine wichtige Rolle in den sozialen Bewegungen und Gewerkschaften ein.

linke und kommunistische Organisationen. Faschisten und Rassisten dürfen derweil fast unbeaufsichtigt ihr Unwesen treiben. In Deutschland sogar mit Beteiligung der Geheimdienste, wie der Skandal um den «Nationalsozialistischen Untergrund» zeigte. Dort hatte sich eine faschistische Geheimgruppe formiert, die in der Folge Morde an Migranten beging. Das Geld und die notwendigen Informationen dafür waren ihnen vom staatlichen Verfassungsschutz zur Verfügung gestellt worden. Fazit der Rechtsanwältin Gabriele Heinecke auf der Konferenz: «Ich wundere mich, dass sich Leute darüber wundern.» Es gäbe eine ungebrochene, auch personelle Verbindung zwischen dem kapitalistischen Staat und den ebenfalls kapitalistischen Rechtsextremen. Der von ihnen ausgeübte Terror komme durchaus gelegen, um Angst zu schüren und die Solidarität zwischen den Arbeitenden zu zerstören.

Solidarisch hingegen war der Abschluss der Konferenz. Im mittlerweile völlig ausgelasteten Veranstaltungssaal erhoben sich alle, um gemeinsam «die Internationale» anzustimmen. Hier sangen nicht nur Gäste aus aller Welt sowie Referierende aus Chile, Venezuela, Kolumbien und den USA miteinander.

Kein Krieg, kein Militarismus

Einen Tag später, am 13. Januar, füllten sich die

Strassen Berlins. Etwa 10'000 Menschen demonstrierten im Gedenken an die Revolutionäre Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Nach einem gescheiterten Arbeiteraufstand waren sie am 15. Januar 1919 von deutschen Militärs brutal umgebracht worden. Der sozialdemokratische «Wehr»minister Gustav Noske hatte dazu die Erlaubnis erteilt.

Neben dem Erinnern an Liebknecht und Luxemburg (sowie an den russischen Revolutionär Lenin) wurden soziale und friedenspolitische Positionen bezogen. «Nie wieder Krieg von deutschem Boden» wurde ebenso gefordert wie der konsequente Kampf gegen den Militarismus. Plakate wie «Hände weg von Syrien!» prangerten die deutschen Kriegsbestrebungen an. In Anlehnung an die Stationierung deutscher Soldaten und Raketen an der syrischen Grenze riefen die Demonstrierenden: «Mit Waffen sind sie fix, für die Bildung tun sie nix!» Entsprechend wurde der Kampf von Luxemburg und Liebknecht gegen die Militarisierung betont.

Eine gleichzeitig stattfindende Gegendemonstration der deutschen Juso schlug fehl. Weniger als 1'000 Menschen beteiligten sich an dem Projekt. Es mag daran liegen, dass sich die sozialdemokratischen Veranstalter in der Tradition der Mörder von Luxemburg und Liebknecht befinden.

Yoyo, Zürich



Zu Ehren von Liebknecht, Luxemburg und Lenin

10'000 Menschen demonstrieren durch Berlin. Sie fordern eine konsequente Friedenspolitik und den Kampf gegen Militarismus. Im Bild: Block der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ).



Fotos: Yojo

Menschliche Partei mit gutem Kompass

Österreich. In Graz, der Hauptstadt der Steiermark, wurde gewählt. Die Kommunistische Partei bekam 20% der Stimmen und ist zur zweitstärksten Partei geworden. Mit Elke Kahr stellt sie die Wohnungsstadträtin. Was ist das Erfolgsrezept der KP? Eine Reportage.

Längst ist die Luft von Hunderten aneinander gedrängten Menschen aufgewärmt und – leicht gräulich – mit Zigarettenrauch schwanger. Der erste Partystock dürfte mit sechs- oder achthundert Menschen gefüllt sein, teils an Tischen mit Bier oder Wein stehend, teils in einem der beiden Tanzräume ausgelassen feiernd. Die Partygänger sind bestens angezogen. Sogar so gut, Krawatte, Schlips, Sacko, dass wir uns, aus der Schweiz kommend, verschwitzt und kaum herausgeputzt, fast fehl am Platz fühlen. Keiner macht uns darauf aufmerksam. Dafür ist die Stimmung viel zu gut. Und überhaupt: Es ist die «Volkshausredoute». Ohne Eintritt und jährlich organisiert von der Kommunistischen Partei in Graz. Zur gleichen Zeit findet irgendwo der Opernball statt, dieses ausgeschmückte Treffen der G'stopften, die ausser Geld und Prunk wenig vorzuweisen haben. Doch hier, im Volkshaus, lässt es sich besser feiern. Von rechts, aus der Youtube-Disco schallt Elektro; nach links verschwinden immer mehr Menschen in den grösseren Bankettsaal, wo die kleine Band auf der leicht angehobenen Bühne ruhigere Tanzmusik spielt. Es wird eine lange Nacht.

Eine nützliche Partei

Ein kurzer Tag: wir befinden uns in Roberts Wohnung. Als einer der jüngsten Gemeinderäte von Graz ist der Frischgewählte gern bereit, Auskunft zu geben. Robert auf der Volkshausredoute, mit Hemd, feiner Hose, glänzenden Schuhen, steht in schreiendem Widerspruch zu Robert beim Interview, lässig am Küchentisch im schwarzen KJÖ-Pullover sitzend.

«Für viele ist die Redoute der einzige Anlass im Jahr, wo sie sich richtig rausputzen und feiern gehen.», erklärt er. Ein kultureller Anlass für die ganze Bevölkerung, eben ein «Ball für alle». Mit Effekt: In Graz sind die Massen da, wo die Kommunisten tanzen.

Von Robert kommen Kaffee und Zucker, von uns die Fragen. Eine Kommunistische Partei mit 20% Wahlanteil? Vor gedämpft-roten Vorhängen faltet der Jungkommunist die Hände. «Der [konservative] Bürgermeister Nagel betrachtet die Gemeinde als Wirtschaftsbetrieb. Die Sozialdemokraten und Grünen sprechen von der Politikverdrossenheit und davon, ihre Politik besser verkaufen zu müssen. Aber die Menschen haben genug davon. Sie glauben ihnen ihre Sprüche nicht mehr. Wir allerdings haben bewie-

sen, dass wir zu unserem Wort stehen. Man vertraut uns.» Ein Vertrauen, das erarbeitet wurde. Seit gut 20 Jahren verfolgt die Kommunistische Partei ihre Themen. Insbesondere: Wohnen. Billige Gemeindewohnungen, der Kampf gegen die Privatisierungen derselben, eine ständige und kostenlose Beratung rund um Mieten und Mietrecht, all das gehört zur täglichen Arbeit der Kommunistinnen in Graz. «Man muss verantwortungsvoll sein und sich um die Probleme der Leute wirklich kümmern. Das setzt voraus, nicht von einem Thema zum anderen zu springen, sondern Dinge langfristig zu bearbeiten. Darum sind wir hier so erfolgreich.»

Da tritt die Nächste in den Raum, schöpft eine Tasse vom Kaffee ab. Eine Küche ist eben eine Küche.

«Und es gibt Dinge, die machen wir einfach und reden nicht gross darüber.» Will heissen: Hunderttausende Euro unter die Menschen bringen. Aus den Gehältern ihrer Parlamentarier (!) gründete die KPÖ Graz einen «Sozialfonds». Er ist für Menschen mit finanziellen Problemen. «Letztens kam eine ältere Dame zu uns, die sich die Reparatur ihrer Waschmaschine nicht mehr leisten konnte. Der haben wir das Geld dazu gegeben.» Die Waschmaschinen von Graz können sich sehen lassen: Mehr als 1.3 Millionen Euro wurden bereits an über 9'000 Familien und Personen seit 1998 überwiesen. «Helfen statt reden», so steht auf den Wahlklebern der KPÖ.

In Roberts Küche kommen die «Menschen» immer wieder vor. Wer ihm zuhört, der bekommt das Bild einer Partei, die sich diesen in der täglichen Arbeit verschrieben hat. Also eine Caritas-Partei? Es ist Roberts letzter Satz, er kommt nach kurzer Überlegung, aber desto bestimmter. Und er räumt mit dem Caritas-Gedanken gründlich auf. «Die KPÖ hier ist die nützliche Partei für die Arbeiterklasse, die Ausgebeuteten und die Jugend, die einen guten Kompass hat: den Marxismus.»

Vertrauen und Widersprüche

Eine Arbeiterpartei sollte bei den Arbeitern bekannt sein. Die KPÖ in Graz ist es.

Vor dem Grazer Rathaus, auf dem Hauptplatz, sind, sauber nummeriert, 15 kleine Buden aufgereiht. Von

veganem Essen zu Cherry Cola lässt sich hier alles finden. In Stand Nummer 1 befasst sich Manfred am späten Nachmittag mit zwei Dingen: Seiner Kund-



Robert Krotzer (25)
Der zweitjüngste Gemeinderat von Graz studiert Geschichte und Deutsch auf Lehramt. Er ist Bundesvorsitzender der Kommunistischen Jugend Österreichs (KJO). Der engen Zusammenarbeit der KJO mit der KP Graz sei es zu verdanken, dass vermehrt auch Jugendliche für die Kommunisten und Kommunistinnen stimmen.

schaft und seinem Fernseher. Wir stören die Routine. «Warum die KPÖ so erfolgreich ist? Na klar kann ich euch das sagen!» Und während wir eine heisse Schoggi trinken, kommt Manfred, wie man es kaum erwarten würde bei einem etwas biederen, 50jährigen Herren mit gepflegter Kurzhaarfrisur und Brille, so richtig in Fahrt. «Ein Bekannter von mir hat seine Wohnung verloren. Stand auf der Strasse. Der Kaltenegger (ehemaliger Kommunistischer Wohnungsstadtrat in Graz) hat ihm in nur drei Tagen eine Wohnung besorgt. War natürlich nichts besonderes, aber immerhin eine Unterkunft. Die Kommunisten hier sind wirklich super. Und die Elke Kahr, die jetzt Wohnungsstadtrat ist [für die KPÖ] fährt diese Schiene weiter.» Wir schlürfen vor uns hin und fragen nach. «Ja, der Wahlkampf der KPÖ war gut. Eine ganz schlichte Kampagne ohne viel Aufwand.

Aber seriös. Die kümmern sich wirklich um die einfachen Leute. Da haben dann auch viele Protestwähler für die KPÖ gestimmt.» Manfred, der seit 15 Jahren am selben Stand steht; am Stand, der nicht seiner ist, denn er ist nur Angestellter; dieser Manfred ist begeistert. Damit steht er nicht allein.

In Graz ist es schwer, Menschen zu finden, die schlimmes über die KP zu sagen hätten. Sogar jene, die nicht für die KPÖ stimmen, wissen gutes über sie zu berichten. Leute wie Günther oder Andrea. Die beiden arbeiten seit 17 Jahren in einem kleinen Laden, der mittlerweile ihrer ist. Am Chrisplatz, einer ehemaligen Rotlichtmeile, die sich zum grossteils migrantischen Wohnquartier gewandelt hat. Weder Günther noch Andrea wählen. «Es macht eh keinen Unterschied, wer da gewählt wird. Die machen mit unserem Geld was sie wollen und nehmen keine Rücksicht auf uns.», meint Günther. Mit schlechtem Gewissen stimmt Andrea ihm zu: «Ich weiss ja, dass ich zur Wahl gehen sollte. Aber ich sehe keinen Sinn darin.» Das sagen sie, aber sie sagen auch: «Die Kommunisten sind immerhin bei den Gemeindewoh-



Grazer Volkshausredoute

Zwischen 600 und 800 Personen versammelten sich im Volkshaus, um auf dem Ball der Kommunistischen Partei zu feiern. Für die Opfer eines Wohnhausbrands wurde ein Benefiz veranstaltet.

nungen auf Zack. Das sind die einzigen, die wirklich zu ihrem Wort stehen und versuchen zu halten, was sie versprechen.» Es wundert Andrea nicht, dass die Kommunisten Erfolg haben. «Die setzen sich sehr für die Ärmere ein. Elke Kahr ist da sehr engagiert, gerade beim Thema Wohnungen. Die sind nicht so wie die Grünen oder Schwarzen die bisher regiert haben. Die haben ja immer nur gestritten und jetzt die Rechnung dafür bekommen.» Sie gehen nicht zur Wahl, aber sie sind für die Kommunisten. Sie betreiben ein Geschäft, das vom Süßigkeitenverkauf an migrantische Kinder lebt, aber sie «haben etwas gegen Ausländer». Im kleinen Laden am Chrisplatz treffen sich die Widersprüche von Graz – die KP hat hier Einfluss, aber noch sind diese Menschen nicht für den Sozialismus gewonnen.

Die kommunistische Stadträtin

Nach nur drei Telefonaten steht der Termin. Elke Kahr, die kommunistische Stadträtin für Wohnen, nimmt sich Zeit für uns. Apropos Zeit: Regelmässig in den Siedlungen sein, an den Mieterversammlungen teilnehmen und auch Hausbesuche abstaten: «Das gehört zum wichtigsten Teil meiner Arbeit. Unsere Glaubwürdigkeit hängt stark mit unserer Präsenz zusammen. Das müssen wir auch als Weltanschauungspartei beachten.» In den letzten fünf Jahren als Stadträtin haben gegen 14'000 Menschen ihr Büro besucht. Dazu kommen noch kostenlose Mietauskünfte und -beratungen. Regelmässig ist sie auch in den Universitäten, um die Studierenden über Mietbetrug aufzuklären. «Es sind ja gerade die Studierenden, bei denen die Spekulanten und Vermieter allerlei Tricks versuchen.»

Elke Kahr strahlt eine grosse Ruhe aus. Sie spricht deutlich und langsam. Nur manchmal gestikuliert, betont mit erhobener Hand. Etwa wenn es um die Partei geht. «Wir repräsentieren die Arbeiter nicht nur, wir müssen den Leuten auch das Gefühl geben, gut aufgehoben zu sein.» Was nach Phrase klingt, ist in Graz sehr konkret. Beim «Tag der offenen Konten» legen die Mandatsträger und -trägerinnen der KP dar, was sie mit ihrem Parlamentsgehalt so anfangen. Sie spenden. Allein Elke Kahr gab im letzten Jahr über 50'000 Euro ab. Monatlich bleiben ihr nur gegen 1'800 Euro – «Unser Kompass als Kommunisten hat immer gestimmt. Aber wir arbeiten daran, den Menschen auch auf persönlicher Ebene klarzumachen, dass sie den Kommunisten vertrauen können.» Die Sache ist ihr wichtig. Auch politisch: «Wenn dir die Leute vertrauen, dann kannst du auch über die grossen Fragen mit ihnen sprechen.» Eine dieser grossen Fragen war die der Wehrpflicht. Um die Armee besser in die EU zu integrieren und auf Kriegskurs zu bringen, wollte die österreichische Sozialdemokratie die Wehrpflicht aufheben. Die Kommunistische Partei in Graz und der Steiermark sprach sich entschieden gegen das Vorhaben aus. Mit Erfolg. Die Mehrheit der Bevölkerung stimmte gegen den Plan.

Gespensterjagd

Doch auch in Graz ist nicht alles gut. Von Schauer geschichten berichtet die Stadträtin. Mit der KPÖ seien «Stalins Gespenster» im Gemeinderat von Graz erschienen. Und wie das so ist: Alle Parteien haben sich zu einer heiligen Hetzjagd gegen dies Gespenst verbündet, die konservative ÖVP mit der Sozialdemokratie, die rassistische FPÖ sowieso. «Über Jahre

hat sich niemand für das Wohnungsamt interessiert. Auch die Sozialdemokraten nicht, die wussten nichtmal, wie eine Gemeindewohnung von innen aussieht. Aber jetzt, wo wir wirkliche Erfolge erzielen, wird alles getan, um uns das Leben schwer zu machen.» Zum ersten Mal kommt ein Hauch von Sorge in Elke Kahrs Gesicht. Ihr steht eine Budgetdebatte bevor. «Das ist der eigentliche Kern. Sie werden sicher versuchen, uns im Gemeinderat die Mittel zu streichen, die wir für gute, günstige Gemeindewohnungen brauchen.» Wo das Geld verweigert wird, wird der Spielraum für Volkspolitik kleiner; die Rechnung der anderen Parteien: Das Ansehen der KPÖ wird geringer, wenn sie weniger für die Menschen tun kann. Dafür wird in Kauf genommen, dass solche Massnahmen vor allem die Bevölkerung treffen. «Das fällt auch mir schwer zu glauben, aber es geht ihnen wirklich nur um die Posten. Sogar die Grünen sind machtbewusst geworden und geben die Prinzipien auf, die ihnen früher wichtig waren.»

Dazu passt die Posse um das Vizebürgermeisteramt. Eigentlich hätte Elke Kahr, als Vertreterin der zweitstärksten Grazer Partei, dies antreten müssen. Doch eine eiligst geschmiedete Koalition von ÖVP und SPÖ wusste das zu verhindern. Nun ist eine Sozialdemokratin, Martina Schröck, in das Amt gewählt

worden – obwohl die SPÖ massiv an Vertrauen und Wählerstimmen verloren hatte. Da sind sich die Grazer recht einig, ob auf der Strasse oder in diversen Leserbriefen: Eine Schweinerei. Elke Kahr nimmt es gelassen. «Die Menschen werden schon wissen, was von so einer Packelei zu halten ist.»

Gegen die KPÖ gibt es eine seltene Einigkeit. Aber nicht die Menschen, sondern die alten Parteien stehen ihr erbost gegenüber; das «politische System» richtet sich gegen sie. Weil sie Erfolg hat. Und weil sie Privatisierungen ablehnt, automatische Teuerungen verhindert, klatscht, wenn andere ihr vorwerfen, dass sie «den Kapitalismus abschaffen» wolle. «Wir gehen nicht in eine Regierung um jeden Preis und wir drehen unsere Fahnen nicht nach dem Wind.» Freundlich, aber bestimmt: so klingt das bei Graz' erster Kommunistin. Man solle sich nicht zu viele Sorgen machen, sagt sie. Mit den meisten Dingen «kann man spielen». Dennoch spricht aus jedem Satz ihre Ernsthaftigkeit. Der Druck gegen die Kommunisten und Kommunistinnen steigt. Natürlich weiss das auch Elke Kahr. «Wir lassen uns nicht verbiegen und wir sind nicht käuflich. Das kann uns das Bürgertum niemals verzeihen.»

Yoyo & Harald, Zürich



Am Tisch mit Elke Kahr

Seit 20 Jahren arbeitet Elke Kahr im Gemeinderat von Graz, seit fünf Jahren ist sie Stadträtin für Wohnungsangelegenheiten. In ihrem Büro erläutert uns die 51jährige die Politik der KP.



Krieg in Mali: Nique la France!

Wieder Krieg! Frankreich führt Krieg in Mali. Dabei brauchte es schon einen sozialdemokratischen Präsidenten, um einen klassischen kolonialen Raubkrieg in Afrika anzuzetteln. Ein Überblick über die Akteure und deren Beweggründe.

Unter dem sozialdemokratischen Präsidenten François Hollande ist Frankreich am 11. Januar in der französischen Ex-Kolonie Mali einmarschiert. Der Einsatz wird dadurch legitimiert, dass er seitens der «malischen Regierung» angefragt wurde. Das betont auch die Schweiz, die ihren Luftraum für Friedensbomben gegen Mali öffnet. Dass es sich bei der «malischen Regierung» um Putschisten handelt, die Mali letztes Jahr übernommen und dabei das Land tief gespalten und destabilisiert haben, wird nur selten erwähnt.

Obwohl sich Hollande schon am 3. Februar in Timbuktu als Befreier feiern liess, häufen sich nun Meldungen von Racheakte gegen arabische Zivilisten seitens der Malischen Armee. Auch von Schiessereien in der Malischen Armee zwischen Unterstützern und Gegnern der Putschisten sowie Bombenanschläge durch Islamisten wird berichtet.

Medienlage

Vor allem während der ersten Phase des Krieges wurden der Öffentlichkeit nur die hübschesten Dinge gezeigt: Französische und afrikanische Militärs schüttelten sich freundschaftlich die Hände. Die französischen Truppen wurden von jubelnden Menschenmengen empfangen. Die Opfer der Islamisten kamen zu Wort, sie sprachen ihre Erleichterung über die Befreiung aus. So sieht man im Schweizer Fernsehen Bilder von fröhlichen Frauen, Kindern, rauchenden Männern... und Bier. Am 30. Januar berichtet etwa das SFR:

«In Gao feiern die Menschen ihre neuen Freiheiten. Singen und Musizieren war unter den Islamisten genauso verboten, wie das Rauchen von Zigaretten. (Malische Frau): - Das ist ein Aufbruch in eine neue Zukunft, es ist wieder wie früher. - In Timbuktu machen die Hoteliers hoffnungsvoll wieder ihre Herber-

gen auf und holen das Bier aus ihren Kellern, das sie zehn Monate lang versteckt hatten.»

Einziger Wermutstropfen: Es ist die Bevölkerung selbst, die jetzt im Zaum gehalten werden muss, da der eine oder andere «Mob» (sic!) Racheakte vornehmen möchte. Auch gibt es erste Hinweise über Racheakte seitens malischer Soldaten. Im Falle des Mali-Konfliktes ist es eine Pressemitteilung von «Reporter ohne Grenzen», die auf eine äusserst unberuhigende Tatsache hinweist.

«Seit dem Beginn der französischen Militärintervention in dem westafrikanischen Staat hindern die Behörden Frankreichs und Malis einheimische und ausländische Journalisten daran, sich den Kampfhandlungen auf weniger als 100 Kilometer zu nähern. [...] Besonders schwer ist es, an Informationen aus der umkämpften Stadt Gao zu kommen. Dort sind seit Anfang dieser Woche die Telefonverbindungen unterbrochen. [...] Durch die Zugangsbeschränkungen sind Journalisten weitgehend von den Informationen abhängig, die ihnen die Konfliktparteien zur Verfügung stellen. Wenn Korrespondenten sich nur mit den Truppen fortbewegen können oder Videomaterial vom Militär bekommen, können sie die Situation nicht unabhängig beurteilen. Sie müssen in der Lage sein, sich frei vor Ort zu bewegen, um sich ein eigenes Bild zu machen.»

Die Rebellen, ehemalige Freiheitskämpfer

Die Krise in Mali entspringt aus der Besetzung nördlicher Gebiete durch radikale Islamisten, welche die Sharia eingeführt haben und die ganze Region in einen Gottesstaat verwandeln wollen. Es handelt sich dabei um eine Nachwirkung des NATO-Krieges in Libyen. Statt Demokratie zu bringen, hat der Einsatz

das Land in einen Bürgerkrieg gestürzt. Durch Plünderungen von Armeedepots sind islamistische Milizen in den Besitz von Waffen jeglicher Art gelangt. In Mali kämpfen die Veteranen des Libyenkrieges – damals wurden sie als Freiheitskämpfer gefeiert.

Prepare Ur an...ium

Frankreich ist von der Atomenergie extrem abhängig. Fast 80% des französischen Stroms wird durch Atomenergie erzeugt, vor allem durch Uran aus Malis Nachbarland Niger. In Mali selbst vermutet man Erdöl, Erdgas, Gold, Diamanten und Kupfer. Internationale Rohstoffkonzerne wie etwa Glencore suchen seit längerem nach den wertvollen Schätzen. Mali an Islamisten zu verlieren wäre für das europäische Kapital natürlich eine kleine Katastrophe.

Wer hat uns schon wieder verraten?

Das Verhalten des Westens kann man mit pyromanischen Feuerwehrleute vergleichen: Zuerst legen sie ein Feuer, das sie dann selber löschen können. So lange, bis man sie in die Klapsmühle steckt...

Es geht auch dieses Mal (wie in Jugoslawien, Afghanistan, dem Irak, Libyen, Syrien) nicht um Menschenrechte und Demokratie. Man erkennt vielmehr die klassische koloniale Fratze Frankreichs, das bis in seine jüngste Geschichte verantwortlich für Greueltaten in der ganzen Welt war und ist. Dass Frankreich ausgerechnet von einem Sozialdemokraten in den Krieg geführt wird, muss nicht weiter verwundern. Schon der (ebenfalls sozialdemokratische) Präsident François Mitterrand war verantwortlich für den Sturz des revolutionären Präsidenten Thomas Sankara in Burkina Faso 1987.

Beat, Bern

Frankreichs Krieg in Mali wird zu Boden und aus der Luft geführt. Kampfjets decken das Land dabei mit Bomben ein. Wieder darf mit ermordeten Zivilisten gerechnet werden, doch gibt sich die französische Regierung unter Hollande grosse Mühe, die Zahl der getöteten nicht an die Öffentlichkeit dringen zu lassen.



Foto: DPA



So eine Abokarte ist ein verdammt nützliches Ding. Sollte man immer dabei haben. Was man damit alles machen kann...

2. Bullen bewerfen!

Beliebtes Spiel in der Kommunistischen Jugend: Abokarte zur Kugel knüllen und lässig im Vorbeigehen auf Polizisten schleudern. Sorgt allgemein für viel Freude. Tipp von den Kommunistinnen: Nicht erwischen lassen!

4. Origami machen!

Wenn's mal wieder länger dauert: Bastel den roten Schwan. Lass das Kommi-Schiff in See stechen. Eine Abokarte ist sehr wandlungsfähig. Allerdings nur für Profis geeignet.

1. Flieger basteln!

Wer kennt es nicht? Die Vorlesung ist öde, der alte Typ vorn will einfach nicht aufhören zu labern. Zeit für Abwechslung. In nur acht Handgriffen (selbst getestet) geht's vom kommunistischen Agitatotationsmaterial zum aerodynamischen Flieger. Angriffsziel: Professor!

3. Nachrichten schreiben!

Formschön, bunt, beschreibbar – so sind unsere Karten. Perfekt geeignet, um im Berufsschulunterricht kurze Nachrichten auszutauschen. Trag zur Verbreitung des Kommunismus bei und kämpf gegen die Langeweile im Unterricht an!

5. Njet! Abonnieren!

Du hast das Njet!, du willst noch mehr. Oder: Du hast das Njet!, deine Freundin aber nicht. Ändere das! Karte ausfüllen, Karte einwerfen, schon bekommt einer von euch das Ding zugeschickt. Und wer würde sich nicht über Post freuen? Also hopp, schreib endlich!